



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2017

Dieses Instrument könnte die AHV-Reform voranbringen

el-Wakil, Alice ; Räber, Michael Ivo

Abstract: Geht es um die Reform der Altersvorsorge, scheint die schweizerische Demokratie überfordert. Helfen könnten Bürgerkomitees wie in Irland und in Kanada, schreiben Alice el-Wakil und Michael Räber

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-141296>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

el-Wakil, Alice; Räber, Michael Ivo. Dieses Instrument könnte die AHV-Reform voranbringen. In: NZZ am Sonntag, 29 October 2017, 17.

NZZamSonntag

China

Wohlstand weckt nicht immer Hunger nach Demokratie

Chinas Kommunisten sonnen sich in ihrem Erfolg. Der in dieser Woche zu Ende gegangene Kongress der Partei in Peking war eine Demonstration ihres Selbstbewusstseins. Die Diktatur der Genossen ist unangefochten. Es besteht kein Zweifel, der Schlüssel ist der beispiellose wirtschaftliche Fortschritt der letzten Jahrzehnte: Seit der marktwirtschaftlichen Öffnung unter Deng Xiaoping in den achtziger Jahren hat die kommunistische Führung Hunderte Millionen von Chinesen aus der Armut befreit. Der wachsenden Mittelschicht beschert ein ungebrochenes kräftiges Wachstum immer annehmlichere Lebensbedingungen. Mit dieser Entwicklung widerspricht China einer Lieblingsidee der demokratischen Welt: der Überzeugung, dass jede Bevölkerung, sobald sie einen gewissen Wohlstand erreicht hat, über kurz oder lang demokratische Mitsprache fordert und sich nicht mehr mit gedeckten Grundbedürfnissen zufriedengibt. Der Pakt zwischen Genossen und Volk in China - ihr bekommt Wohlstand, dafür haben wir die Macht - scheint genau umgekehrt zu funktionieren: Steigender Wohlstand garantiert, dass das Volk keine demokratischen Rechte verlangt. Die Kommunisten sind nachgerade zum wirtschaftlichen Erfolg verdammt. Es sieht ganz so aus, als müsste der Westen über die Bücher - bis jetzt jedenfalls. (vmt.)

Gesundheitspolitik

Jetzt endlich die Rituale der Gesundheitslobby aufbrechen

«Endlich!», war man versucht auszurufen: Am Mittwoch präsentierte der Bundesrat einen Expertenbericht mit 38 Empfehlungen zur Drosselung des Kostenwachstums im Gesundheitswesen. Doch was ist den wichtigsten Akteuren dazu eingefallen? Ärzte, Spitäler, Pharmafirmen, Patientenorganisationen und Krankenversicherer wetterten in einem gemeinsamen Communiqué gegen die wohl einschneidendste Empfehlung, nämlich die Kostenentwicklung notfalls mit einem Globalbudget zu deckeln. Der Vorgang entlarvt, woran das Gesundheitssystem krankt: Die Interessengruppen - und mit ihnen die in der Spitalpolitik entscheidenden Kantone - leben letztlich ohne Reform besser als mit einer Reform, die zwingend den Spardruck erhöhen wird. Kein Wunder, haben sie es sich deshalb in den letzten Jahren in einer Reformblockade behaglich eingerichtet, mit jahrelangen, scheinbar hart geführten Diskussionen, die aber fast immer ergebnislos endeten. So etwa zur Spitalfinanzierung oder zum Ärztetarif Tarmed. Diese Rituale gilt es aufzubrechen, und sei es mit der Drohung eines Kostendeckels. Wenn sich die Gesundheitsindustrie unter diesem Druck jetzt rasch auf bessere Lösungen einigt - umso besser. (sbü.)

Hausmetzgete

Was? Fleisch von Tieren?

Ein Metzger aus Sissach hat gestern Samstag zwei Säuli von einem nahen Biohof gemetzget. Dazu lud er Publikum ein, weil er stolz ist auf sein Handwerk und Interessierten die Tradition der Hausmetzgete näherbringen wollte - die doch den vom Zeitgeist unablässig geforderten Geboten der Transparenz und der Nachhaltigkeit perfekt entspricht. Der Metzger dürfte darum nicht schlecht gestaunt haben, als sich - befeuert von Halbwahrheiten und Hysterie - in Leserbriefen und Kommentarspalten laute Empörung Bahn brach. Ganz so, als habe sich soeben und völlig überraschend gezeigt, dass Fleisch nicht von Soja, sondern von toten Tieren stamme. Das beweist eigentlich nur, wie bitter nötig die Hausmetzgete in Sissach war. (tis.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Dieses Instrument könnte die AHV-Reform voranbringen

Geht es um die Reform der Altersvorsorge, scheint die schweizerische Demokratie überfordert. Helfen könnten Bürgerkomitees wie in Irland und in Kanada, schreiben Alice el-Wakil und Michael Räber

Die Reform der Altersvorsorge steckt seit Jahrzehnten in einer Sackgasse. Trotz Proporz, Vernehmlassungen und dem Initiativrecht als herausragende Merkmale der schweizerischen Konsensdemokratie hat das Stimmvolk seit 1998 insgesamt 14-mal über Reformen oder Teilreformen der AHV abgestimmt und den Vorschlägen 14-mal eine Absage erteilt. Zuletzt vor vier Wochen.

Was tun? Macht man weiter wie bisher, so drohen ein weiterer Zeitverlust und ein weiteres Scheitern: SP-Chef Christian Levrat hat kurz nach der jüngsten Niederlage bereits vorsorglich das Referendum gegen eine neue Vorlage von Mitte-Rechts angekündigt. Das Risiko einer weiteren Niederlage an der Urne ist gross. Höchste Zeit also, um über Innovationen in der Demokratie nachzudenken.

Ein neues Instrument, das sich gerade bei der Altersvorsorge anbieten würde, sind Mini-Publics oder Bürgerkomitees. Bürgerinnen und Bürger werden proportional nach Alter, Geschlecht, sozialer Klasse oder Wohnsitz ausgelost und dann stellvertretend für alle Staatsbürger intensiv in die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs einbezogen. Jüngere Beispiele aus Kanada und aus Irland zeigen, dass sich Bürgerkomitees in der Praxis bewähren. In Kanada hatte die British Columbia Citizens' Assembly bereits 2004 über ein neues Wahlrecht beraten. Seit 2012 läuft in Irland ein noch grösser angelegter Versuch, und das Experiment hat durchaus Erfolg an der Urne. So schlug die Kommission etwa die gleichgeschlechtliche Ehe vor, die vom Parlament beraten, leicht modifiziert und im obligatorischen Referendum von der Bevölkerung angenommen wurde.

Wie könnte ein solches Bürgerkomitee für eine mehrheitsfähige AHV-Reform in der Schweiz aussehen? Lanciert vom Parlament beziehungsweise vom Bundesrat, würden zwischen 50 und 100 Bürgerinnen und Bürger durch eine geschichtete Stichprobe ausgewählt, um die vielfältige Schweizer Bevölkerung zu repräsentieren und einen

neuen Gesetzesvorschlag für die AHV-Reform auszuarbeiten. Dann wird auch eine Kommission eingesetzt, welche die Diskussionen des Komitees neutral organisiert und durchführt. Die Mitglieder des Bürgerkomitees treffen sich während eines Jahrs regelmässig und werden hierfür finanziell entschädigt. Zuerst werden sie von unterschiedlichen und unabhängigen Experten über die komplexen Details von Altersvorsorgeplänen weiterbildet. Dann lernen sie die verschiedenen Interessen kennen, die auf dem Spiel stehen. Basierend auf diesen Inputs beratschlagt die Gruppe dann. Teile der Debatten werden öffentlich zugänglich gemacht über entsprechende Medienkanäle, damit auch die restliche Bevölkerung bei den Diskussionen zumindest passiv dabei ist. Die Debatten münden dann in einen Gesetzesentwurf zur Altersvorsorge. Dieser Entwurf wird dann vom Parlament diskutiert und vermutlich noch da und dort abgeändert. Sollte sich das Parlament für die Annahme des Vorschlages

entscheiden, würde dieser Entscheid wiederum dem Referendum unterstehen. Die positiven Effekte einer Bürgerversammlung sind vielfältig. Wie die Beispiele in Kanada und in Irland gezeigt haben, wird in Bürgerversammlungen der Einfluss von Parteistrategien und ökonomischen und sozialen Ungleichheiten marginalisiert. Dies wiederum hat den gewünschten Effekt, dass die Qualität des inhaltlichen Gesprächs besser wird. Die Teilnehmenden erwägen abweichende Überlegungen ernsthaft und gehen auf die andern Argumente so ein, dass sie auch einmal bereit sind, ihre Meinung aufzugeben oder abzuändern. Es können neue Ideen vorgebracht werden, ohne dass Parteifilter diese bereits im Keim ersticken. Auch führen die Experteninputs zu Lerneffekten auf Bürgerseite. Ausserdem könnte ein solches Vorgehen dazu führen, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den vorgeschlagenen inhaltlichen Kompromiss grösser ist als jetzt, auch weil sie selber an der inhaltlichen Ausgestaltung des Vorschlages beteiligt waren. Es gibt keine Garantie, dass Vorschläge von Bürgerkomitees immer mehrheitsfähig sind. Aber die Vorteile von Diskussionen unter diesen Rahmenbedingungen sind auch jenseits eines möglichen Erfolgs an der Urne gegeben. Gegenüber anderen Beteiligungsformen wie Konsultationen oder Vernehmlassungen bieten sie normalen Bürgerinnen und Bürgern eine wertvolle unmittelbare Demokratieerfahrung durch die Beteiligung an Gesetzesentwürfen. Und sie dienen dazu, die unterschiedlichen Ideen, Überzeugungen und Gründe der Teilnehmenden den gewählten Politikern und der Öffentlichkeit kenntlich zu machen, wie sie in einer einfachen Ja/Nein-Antwort nicht sichtbar werden. Angesichts der andauernden Krise bezüglich der anspruchsvollen AHV-Reform in der Schweiz könnte sich die innovative Schweizer Demokratie eine weitere demokratische Innovation zunutze machen: ein Bürgerkomitee.

Alice el-Wakil und Michael Räber



Alice el-Wakil



Michael Räber

Alice el-Wakil, 28, hat in Genf Politikwissenschaften studiert und schreibt derzeit an der Universität Zürich ihre Dissertation in politischer Theorie. Michael Räber, 37, hat in Zürich und an der Yale University in politischer Philosophie promoviert. Er arbeitet am Lehrstuhl für politische Philosophie an der Uni Zürich.